

Doppelpass als Menschenrecht?

Maximilian Steinbeis

2009-10-21T11:25:25

Doppelte

Staatsangehörigkeiten sind dem deutschen Staatsrechtler höchst suspekt:
Wir erinnern uns an die Debatten anlässlich der rot-grünen Reform des
Einbürgerungsrechts...

Eine Zielrichtung im deutschen Staatsangehörigkeitsrecht ist es, das
Entstehen von Mehrstaatigkeit bei der **Einbürgerung** nach Möglichkeit zu
vermeiden,

heißt es auf der Website des [Bundesinnenministeriums](#).

[Peter Spiro](#) von der Temple University ist anderer [Ansicht](#): Er hält den Doppelpass
sogar für ein Menschenrecht.

The liberal state has no business obstructing alternate national ties in the
absence of a compelling interest.

Früher habe es ein solches compelling interest gegeben: nicht, weil Mehrfach-
Staatsangehörige sich irgendwie gefährlich verhielten, das (Spionage,
Wehrdienstverweigerung etc.) seien alles Legenden. Sondern weil Mehrfach-
Staatsangehörigkeiten die zwischenstaatlichen Beziehungen destabilisieren
konnten.

Dual nationality was the chink in armor of sovereignty, a condition that the
logic of sovereignty could not process.

Aber diese Zeiten, so Spiro, seien längst vorbei. Inzwischen gebe es ein
Menschenrechtsregime, das nicht länger an die Staatsbürgerschaft anknüpft, also
eine Grundlage für Rechtsbeziehungen zwischen Staat und Individuum unabhängig
von deren Pass. Außerdem sei der Rahmen für internationale Beziehungen viel
stabiler geworden, daher sei Mehrfach-Staatsangehörigkeit keine nennenswerte
Konfliktquelle mehr. Manche Auswanderungsstaaten hätten längst erkannt, dass
Mehrfach-Staatsangehörigkeiten in ihrem Interesse liegen und aktiv gefördert
werden sollten.

Das erklärt noch nicht, wieso der Doppelpass einen Rechtsanspruch darstellt. Das
erklärt Spiro analog zu der Vorstellung, es wäre verboten, mehr als einem Club
anzugehören:

Membership in the state is akin to membership in religions, clubs,
nongovernmental organizations and political parties. (...) As a matter
of both constitutional and international law, states may not restrict
membership in nonstate entities absent necessary cause.

Das lässt sich hören. Man würde unseren etatistischen Staatstheologen in den ÖR-Instituten wünschen, diesen Aufsatz zu rezipieren. Werden sie aber nicht. Die lesen bloß AöR und Staat...

